WOCHENAUSGABE

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 1.
5. Januar

4. Jahrgang
1924

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Aus dem Inhalt:

Höllein: Die neuen Hungergehälter der Bamten in Deutschland.

Alexander: Der erste proletarische Gesundheitstag in Berlin.

Lecki: Die englische Arbeiterpartei am Scheidewege.

Vor den Kammerwahlen in Frankreich.

Fink: Soll das Defizit Deutschlands durch Steuern oder durch Inflation gedeckt werden?

Lada: Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz.

Grieco: Arbeiterkämpfe und faschistische Gewerkschaften in Italien.

Die Arbeiterhilfe für Deutschland.

Browder: Faschismus in den Vereinigten Staaten.

Masci: Brief aus Italien.

Sinowjew: An die amerikanischen Kommunisten.

Resolution des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPC. Rußlands über den Parteiaufbau.

Die Beschlüsse des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Polens.

Erklärung der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Rappoport: Die Herrschaft des Mordes.

Aufruf.

Buchbesprechung.

Über die gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Von A. Thalheimer.

** Der Rückzug, den die deutsche Arbeiterklasse im Oktober angetreten hat, und der Gegensatz zwischen den hochgespannten Erwartungen und Vorbereitungen der Partei und dem wirklichen Verlauf der Dinge hat natürlich nicht verfehlt, bestimmte Rückwirkungen in unserer Partei auszuüben. Diese Rückwirkungen äußerten sich in einer vorübergehenden Herabsetzung der Aktivität, die ihren ideologischen Ausdruck fand in der Parole: Alles oder nichts. Das heißt, da der Entscheidungskampf nicht geführt werden konnte, ergab sich ein starkes Zögern an die Organisation derjenigen Teilaktionen heranzutreten, die notwendig und möglich waren. Diese herabgesetzte Aktivität machte sich vorübergehend geltend in der Vernachlässigung der elementaren Aufgaben, die der Partei durch ihre Verweisung in die Illegalität und die Repressalien des Faschismus auferlegt waren. So zum Beispiel in der Verbreitung der illegalen Literatur, Plakate, Klebezettel, der Durchführung der illegalen Propaganda und den übrigen Vorbereitungen von Teilaktionen. Man kann sagen, daß dieser Zustand bereits in der Hauptsache überwunden ist und daß das Gros der Partei mit Ernst und Eifer an die gegenwärtigen Aufgaben herangeht. In allen Bezirken wird Initiative entwickelt um illegale Literatur herauszugeben und sie zu verbreiten. So ist es zum Beispiel in Berlin gelungen, die Verbreitung der illegalen Literatur in wenigen Wochen von etwa 5000 auf über 20.000 Exemplare (dreimal wöchentlich) zu steigern. Entsprechende Steigerungen der Tätigkeit der Partei zeigen sich in den übrigen Bezirken. Organisatorisch hat die Auferlegung der völligen Illegalität der Partei nicht die Schwierigkeiten bereitet, die der Gegner vermutet hat. Gestützt auf die Erfahrungen der alten Garde des Kommunismus in Deutschland hat die Partei verstanden in tausend verschiedenen Formen sich auf die illegale Arbeit einzurichten. Die organisatorische Hauptarbeit der Partei gilt im Augenblick der Aufgabe, das Schwergewicht der Parteiarbeit in die Betriebe und speziell in die Betriebszellen zu verlegen. Diese Arbeit ist in der Durchführung begriffen. Sie wird erschwert durch die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in ganz besonderer Weise die Mitglieder der Partei betroffen hat. Die Unternehmer haben systematisch die Gelegenheit benützt, um ihre Betriebe von Kommunisten zu „reinigen". Aber auch für diesen Zustand hat die Partei besondere organisatorische Formen gefunden. Die vielen Verhaftungen von Parteimitgliedern haben so gut wie nirgends Lücken gelassen, die nicht sofort wieder ausgefüllt worden wären. In dieser Beziehung hat die Parteimitgliedschaft eine bewundernswerte Zähigkeit und Opferwilligkeit an den Tag gelegt, die jeden Zweifel darüber zerstreut, als ob etwa die Partei in der langen legalen Periode an ihrem revolutionären Charakter eingebüßt habe. Natürlich zeigen sich noch allenthalben Mängel, die aber bei der Riesenhaftigkeit der Aufgabe unvermeidlich sind. Mitgliederverluste in größerem Umfang sind nicht eingetreten. Die Übertritte aus der SPD. vollziehen sich aber erst vereinzelt.

Parteipolitisch treten gegenwärtig drei Hauptströmungen in der Partei auf. Die parteipolitischen Auseinandersetzungen drehen sich um zwei Hauptfragen: 1. Die Ursachen der Oktoberniederlage; 2. die allgemeinen Perspektiven der Revolution in Deutschland. In dem, was gegenwärtig zu tun ist, besteht weitgehende Übereinstimmung in der Partei. Diese Auseinandersetzungen haben zur Fixierung von Thesen der verschiedenen Gruppen geführt, die demnächst der Parteiöffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen*).

Die bisher führende Gruppe innerhalb der Zentrale vertritt die Ansicht, daß die Ursachen der Oktoberniederlage in erster Linie in objektiven Gründen zu suchen ist. Sie erblickt die Hauptursachen in der von uns unterschätzten, hemmenden Kraft der Sozialdemokratie und der gelben Gewerkschaften. Die in Sachsen und Thüringen sowie die in Hamburg gemachten Erfahrungen zeigen, daß nicht nur die linken sozialdemokratischen Führer nicht bereit waren für die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus zu kämpfen, sondern daß dasselbe der Fall war auch bei der Mehrheit der linkssozialdemokratischen Arbeiter. Infolgedessen war es unmöglich, im Oktober den Entscheidungskampf zu führen. Er hätte bei gespaltener Arbeiterfront und bei unzureichender technischer Vorbereitung zu einer zerschmetternden Niederlage der Partei führen müssen. Was die Partei selbst anlangt, so erkennt sie an, daß sowohl politisch wie organisatorisch eine Reihe Fehler und Schwächen in der Vorbereitung vorhanden waren, die allesamt sich ableiten aus einer Grundtatsache: der Überschätzung des Tempos der Revolution, der Überschätzung der eigenen Kräfte und der Unterschätzung der Kräfte des Gegners, vor allen Dingen der hemmenden Kraft der Sozialdemokratie und der Amsterdamer Gewerkschaften. Gegenwärtig ist die Hauptaufgabe, den fast ohne Widerstand sich vollziehenden Rückzug der Arbeiterklasse zum Stehen zu bringen und an allen Punkten, wo die Offensive einsetzt, zu versuchen, Zentren der Abwehr durch die Partei zu bilden und um diese Zentren die Arbeiterschaft zu sammeln. In der Frage der revolutionären Perspektive ist diese Gruppe der Ansicht, daß keine der grundlegenden politischen oder wirtschaftlichen Fragen Deutschlands durch die schwerindustriell-junkerliche Militärdiktatur gelöst werden kann, daß also die Situation nach wie vor objektiv revolutionär bleibt, daß die Klassengegensätze sich zuspitzen müssen. Dagegen sieht sie keine Möglichkeit, bereits jetzt mit Sicherheit etwas darüber auszusagen, in welchem Tempo die neuen Zuspitzungen vor sich gehen und welche Formen sie im einzelnen annehmen werden. Gewiß ist die Partei ein wesentlicher Faktor, aber sie ist nicht der alleinige Faktor.

Ganz anders betrachtet der bisherige linke Flügel der Partei die Ursachen der Oktoberniederlage und die revolutionären Perspektiven. Er vertritt die Ansicht, daß die Partei im Oktober den Entscheidungskampf hätte aufnehmen müssen, auch auf die Gefahr einer Niederlage hin. Er sieht also in dem Oktoberrückzug nicht ein Ergebnis der vorhandenen Kräfteverhältnisse, sondern im wesentlichen ein Versagen der Partei und insbesonders der Parteileitung. Dieser Flügel verlangt infolgedessen, daß der Linken die Führung der Partei in die Hand gegeben werde. Der Auswirkung dieser Einstellung ist es zu einem wesentlichen Teil zuzuschreiben, daß der Übergang zu den Teilaktionen auf starke Hemmungen in der Partei gestoßen ist. Was die gegenwärtigen Aufgaben anbelangt, so legt dieser Flügel den Hauptnachdruck auf die Propaganda der Endziele, der proletarischen Diktatur und der Sozialisierung. Diese Strömung innerhalb der Partei ist gefühlsmäßig zu einem wesentlichen Teil eingestellt auf die Schichten innerhalb der Arbeiterklasse, Arbeitslose und Kurzarbeiter, die infolge ihrer Lage geneigt sind, die objektiven Schwierigkeiten des revolutionären Weges zu übersehen. Die revolutionäre Perspektive dieses Flügels besagt, daß binnen kürzester Zeit die Situation sich wieder zum Entscheidungskampf zuspitzen werde.

Zwischen diesen beiden Gruppen steht eine mittlere Gruppe, die hauptsächlich bemängelt, daß der Oktoberrückzug nicht unter genügender Ausnützung der Möglichkeit von Teilkämpfen vollzogen worden sei, und die geneigt ist, die Ursachen des Rückzuges ebenfalls hauptsächlich in subjektiven Fehlern der Partei zu suchen. Es ist sehr schwer, die Ansichten dieser Gruppe klar wiederzugeben, da sie nicht einheitlich sind und es in der Natur einer mittleren Gruppe liegt, Widersprechendes zu vereinigen. Sowohl in der linken wie in der mittleren Gruppe sind mehr oder weniger starke Ansätze dazu vorhanden, ähnlich wie nach der Märzaktion, die Analyse der objektiven Verhältnisse zu vernachlässigen und die Rolle der Partei nicht genügend im Zusammenhang der gesamten Kräftefaktoren zu betrachten. Auch diese Gruppe glaubt, jetzt schon mit Sicherheit sagen zu können, daß bereits in den nächsten Monaten die Grundlage für umfassende Massenkämpfe vorhanden sein wird.

Die Auseinandersetzungen, die jetzt in der Partei stattfinden, sind unseres Erachtens unvermeidlich, und sie werden sich für die Klärung der Methoden des revolutionären Kampfes unter den deutschen Verhältnissen fruchtbar erweisen. Der Gang der proletarischen Revolution in Deutschland ist nicht einfach ein Abklatsch des Ganges der russischen Revolution, und so betrachten wir es nur als ein Zeichen der Gesundheit, daß die Partei mit allem Ernst sich bemüht, aus der zurückgelegten Wegstrecke die Lehren für die Zukunft aus eigener Kraft zu ziehen. Bei aller Schärfe der Auseinandersetzungen steht unzweifelhaft fest, daß die übergroße Mehrheit der Partei unter keinen Umständen ein Rütteln an der Parteieinheit duldet.

*) Die Thesen der mittleren Gruppe haben wir bereits in Nr. 185 veröffentlicht. D. R.

Deutschland

Die neuen Hungergehälter der Beamten in Deutschland.

Von Emil Höllein (Berlin).

I.

** Die „legale" Diktatur der Großbourgeoisie in Deutschland macht sich nunmehr auch der Beamtenschaft in nicht mehr mißzuverstehender Weise fühlbar. Durch das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember, das im Reichstag mit 313, darunter 128 sozialdemokratischen Stimmen, zur Annahme gelangte, erhielt die neue Reichsregierung Marx die praktisch völlig uneingeschränkte Vollmacht, alle „Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet". Und als eine solche „dringende" Maßnahme erachtete sie denn auch bereits vier Tage später — am 12. Dezember — gewissermaßen als Korrelat zu ihrer ungeheuerlichen und unsozialen Personalabbauverordnung und ihren rigorosen Arbeitszeitverlängerungsplänen ein womöglich noch ungeheuerlicheres und unsozialeres Attentat auf die Gehaltsbezüge der deutschen Beamtenschaft. Man kann, ohne sich irgendwie der Gefahr eines Vorwurfes der Übertreibung auszusetzen, behaupten, daß die neue Besoldungsverordnung das Gros der deutschen Beamten der denkbar schlimmsten materiellen und kulturellen Verelendung überantwortet.

Als Beweggrund für diesen zweiten Generalangriff auf die Existenzgrundlage der Beamtenschaft gibt die Reichsregierung die katastrophale Finanzlage des Reiches an. Es kann in der Tat nicht verleugnet werden, daß der Stand der deutschen Reichsfinanzen einfach trostlos ist. Doch diese Feststellung allein vermag das Attentat der Reichsregierung auf die Beamtenschaft weder zu rechtfertigen noch zu entschuldigen. Im Gegenteil, sie ist die denkbar schärfste Anklage gegen die Regierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Denn lediglich durch die notorische Steuerscheu der Bourgeoisie, deren parlamentarische Vertreter und Regierungsmitglieder bisher jede wirksame Besteuerung des Besitzes mit allen Mitteln verhinderten oder sabotierten, und durch die verbrecherische Feigheit der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die trotz besserer Einsicht und genauer Erkenntnis der unvermeidlichen Folgen der Steuerpolitik jedem Machtkampf zur Erzwingung von wirklichen Steuerleistungen des Kapitals geflissentlich ausweichen und hintertreiben, ist jene katastrophale Leere in den Kassen des Reiches, der Länder und Gemeinden entstanden, die man jetzt zum Vorwand zur wirtschaftlichen und sozialen Erdrosselung der Beamtenschaft macht. Erst nachdem dem Inflationsschwindel, dessen verheerende Wirkung mit ihrer vollen Wucht ausschließlich auf den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern und Kleinrentnern lastete, durch die vollkommene Repudiation der Papiermark im In- und Ausland ein Ende bereitet war, besannen sich Reichsregierung, Bürgertum und Sozialdemokratie wieder auf ihre Pflicht, für Deckung der Reichsausgaben zu sorgen. Und dabei lieferte man bedenkenlos die Finanzhoheit des Reiches dem Großkapital aus. Die Rentenmark ist die Währung der Schwerindustrie und der Großagrarier.